

Vorfrische



1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeichbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“

Verlag: Ullstein. Chefredaktion: Georg Bernbard. Vorstand: Direktorin (Auss.) Handelteltel: Carl Meißel. Berlin. Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgesandt; wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Paragraf: Zentrale Ullstein: Anst. Ullstein (A. 7) 3600-3605, Nr. der Fernverkehr-Anst. Ullstein 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 960.

Hilfe für die Rußlanddeutschen Politik der Kaffe

Reichskommissar Stüdens Programm

Der Reichskommissar für die Deutsch-Rußland-Verhältnisse, Reichstagsabgeordneter Stüden, begrüßte den Vertreter des M. S. S. eine Unterredung, in der er sich über die Hilfsaktion für die Deutsch-Rußland-Verhältnisse äußerte. Er erklärte zunächst, daß gegenwärtig etwa 13 000 deutsch-rußlandische Emigranten in Rußland leben. Ein weiterer Zugang von Auswanderern nach dem Wolga-Bezirk Russlands ist sehr von den Russen gefürchtet. Das Deutsche Reich ist bereit, die 13 000 bei Rußland lebenden Auswanderer zu übernehmen und sie nach Kanada, Brasilien und gegebenenfalls nach Argentinien weiterzusenden. Da die Auswanderer völlig unmittels sind, müssen die Kosten für die Lebenshaltung nach Übersee aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

Zu den letzten Tagen ist in der Vorbereitung der deutsch-rußlandischen Waisen eine Verzögerung eingetreten, als die Komplexarbeiten des Reichskommissars, die bei Rußland lebenden deutsch-rußlandischen Waisen nicht ansetzen zu lassen und sie in ihre bisherigen Heimatorte zurückzuführen. Gegenwärtig sind nur 1000 Waisen der Reichsregierung und der Reichsregierung übergeben worden. Die Waisen, die in Rußland leben, sind die 13 000 deutsch-rußlandischen Waisen, die in Rußland leben. Die einmündige Entscheidung wird am 20. Dezember fallen.

Der Plan des Reichskommissars geht dahin, diejenigen, die ohne Rußland zu bleiben, von russischen Gütern aus die Übersee zu antreten, sofern es möglich ist, folgen nach Kanada zu befragen; soweit dies nicht möglich ist, werden die deutsch-rußlandischen Emigranten auf dem Landwege von Moskau zunächst an die deutsche Grenze befördert, wo sie dem Deutschen Reich über-

nommen und über Siga bis zur litauischen Grenze weitergeleitet werden. Von dort werden sie an die deutsche Grenze nach Ostpreußen geschickt, wo sich das Deutsche Reich bereit erklärt hat. Von Ostpreußen erfolgt dann die Überführung nach dem Saager in Sammerstein, das 3000 bis 3500 Personen aufnehmen kann.

Die übrigen Auswanderer, die auf dem Seewege nach Deutschland kommen, werden in Ostpreußen bei Swinemünde angekommen und direkt untergebracht, und von dort aus in die Lager, entweder nach Sammerstein oder nach Siga in die Lager, geleitet. Dem Reichskommissar liegen weitere Sager zur Verfügung (Rohrbolz bei Bremen), so daß im äußersten Notfall etwa 8000 Flüchtlinge in Deutschland untergebracht werden können.

Das Ziel des Reichskommissars geht dahin, die Auswanderer sobald wie möglich nach Übersee abzuführen, doch ist er bereit, daß ein Teil der Auswanderer in Deutschland bleiben wird. Ein anderer Ausweg als der der Abschiebung ist, wie Reichskommissar Stüden erklärte, in diesem Fall nicht denkbar. Über die Frage der Abschiebung äußerte sich der Reichskommissar jedoch sehr zurückhaltend. Die Verwaltung des Saagers in Sammerstein ist der Major a. D. Fuchs übertragen worden, der auch die großen Flüchtlingslager in Preußen, Holland, Belgien und Schweden verwaltet hat. Major a. D. Fuchs hatte in Schweden nicht mit dem Reichskommissar einen Unterredung und hat sich darauf gleich nach Sammerstein begeben, um die erforderlichen Maßnahmen an Ort und Stelle zu treffen. Der Lebensmittelpreis für alle Waisen ist bereits im Anlaufen. Der weitere Bedarf an Lebensmitteln wird aus der Gegend von Sammerstein gedeckt. Man rechnet damit, daß die letzten Auswanderer Ende November im Sammersteiner Lager eintreffen werden.

Politik der Kaffe

von Georg Bernbard

Der Reichstag, der am Mittwoch nach langer Pause wieder zusammentritt, findet heute das Budget für das nächste Jahr nach den lange angelegentlich diskutierten als Budgettag. Da vor Anfang Januar auf keinen Fall mehr mit dem Beginn der Saager Konferenz geredet werden kann, eher folgt eine Entscheidung in die Mitte des ersten Jahresmonats möglich scheint, kann niemand voraussetzen, wenn die Entscheidung im Reichstag ihren Anfang nehmen kann. Das Parlament, das nicht sich auf eine recht eilige Sommertagung einrichten muß, wird daher Zeit genug finden, sich zunächst eingehend der vorliegenden Spezialfrage zu widmen, die allerdings in der Hauptsache das Handelsgericht und Hans G. Overes betrifft. Ein großer Teil davon (einschließlich der Vorbereitung des Reichstages) muß gemeinsamermaßen als Vorstufe für das spätere (früher) gemeint werden, das auf der Saager Konferenz den deutschen Delegierten ferret werden wird. So unter anderem auch das politische Abkommen mit Polen, das nicht etwa bloß als Nebenabmachung zum Handelsvertrag angesehen werden darf, sondern auch aus dem Bestehen erklärt werden muß, nachheren als die Schwierigkeiten zu beseitigen, die aus der Reichstagsänderung seiner Statuten im Haag entstehen können. Es ist nicht richtig, daß die deutsche Regierung sich bemüht, in verünftiger Voraussicht die Wege nach Holland, die zur einseitigen Überführung des Reiches führen, offen zu stellen zu lassen. Eine man vor früheren internationalen Konferenzen ähnlich verfahren. So hätte sich Deutschland manche Behinderung und Vermittlung auch manche nicht unwesentlichen Kosten erspart können. Aber so sehr das Streben zu billigen ist, so schnell man einsehen muß, daß es nicht mit dem politischen Stand eine Methode freies Zusammenarbeitens gefunden werde, so entbehrt das doch den Reichstag nicht der Verpflichtung, das politische Abkommen zwischen der deutschen und polnischen Regierung einer fehr sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Die Regierungswörter, die die Einigung mit Polen betrafen, haben hervor, daß mit den nicht geleasten, nicht recht wesentlichen deutschen Zugeständnissen politische Vorteile erkaufte seien, die von höchsten nationalpolitischen Vorteilen seien. Bei der Absicherung der Vorteile gegenüber den Stakeholdern des Betrages kommt es sehr wesentlich darauf an, wie man die Rechte der einseitig. Aber darüber hinaus bleibt ein Nachteil unabweisbar auf deutscher Seite bestehen. Ein Nachteil, der nicht allein in der Übernahme gewisser, vorläufig noch nicht genau absehbarer Kosten für die Absicherung deutscher Staatsbürger aus Antrieben gegen Polen besteht. Viel weitläufiger ist die innerpolitische Auswirkung der Abfindungstreueigkeiten. Bisher hat sich die deutsche Regierung niemals Freude gemacht, wie sie mit den eigenen Bürgern in ein Abrechnungsverhältnis getreten ist. Gleichgültig, ob es sich um die Aufwertung der Reichsgeldscheine, oder ob es sich um die Aufwertung handelte; nie hat sie die Betroffenen auch nur annähernd aufrechenstellen können. Und es besteht die Gefahr, daß man, wenn sie so mal im Rahmen des Reiches möglich sein, sie aber auch die ohnehin schon starken Reihen der Unglücklichen weiter vermehrt und bestärkt. Deshalb wird der Reichstag, wird insbesondere aber der vorher schon launische Auswärtige, nicht ohne weiteres dem Reichstag, wie die Reichsregierung, sondern auch damit zu beschäftigen, welche materiellen Verpflichtungen dem Reich aus dem neuen Abkommen erwachsen, und in welcher Weise diese Verpflichtungen am Reich erfüllt werden können und sollen.

Lloyd George hat die Entscheidung

Das Schicksal MacDonalds

London, 23. November | Ullstein-Nachrichtendienst
Die Regierung ist über die komplizierte parlamentarische Lage, die seit Vorlegung des Gesetzentwurfes über die Arbeitslosenunterstützung entstanden ist, beunruhigt. Die 30 Unterredungen des mitteilungslosen Fußespantrages des linken Flügels der Arbeiterpartei, die Gesetzmänner von Wagon, sind zu Einzelunterredungen mit dem Einsitzigen der Arbeiterpartei eingeladen worden.

In diesen Einzelgesprächen, die sich auf zwei Tage verteilen und zum Teil lunchend gebaut haben, haben die Einsitzigen versucht, die Unterredungen des Antrages zu veranlassen, ihre Interventionen zurückzunehmen in der Hoffnung, daß auf diesem Wege die Zahl der Unterredungen zum Schluß weniger als zehn betragen, und der Saager in der Lage sein würde, den Antrag als „unzulänglich unentschieden“ ohne Abstimmung zu beschließen. Die Bemühungen der Einsitzigen hatten nur einen bescheidenen Erfolg. 12 Abgeordnete haben ihre Interventionen zurück, 18 haben sie aufrecht erhalten. Die Arbeiterpartei am 27. Stimmen

hier ist es als die Konserwative Partei, die am Montag abend geschlossen gegen das Gesetz stimmen wird, müssen die Liberalen vollständig antreten, um überhaupt dem Gesetzentwurf eine zweite Sitzung und eine anschließende Kommissionsberatung zu sichern.

Die Liberalen werden am Montag abend die Regierung nur unter der Bedingung beschwören, aber sie tun dies nur unter der Voraussetzung, daß in der Kommissionsberatung das parlamentarische Gesetz von 8 bis 3 im Sinne der Politik des liberalen Oberhauses unzulässig wird, und daß die Regierung sich entscheidet, den Liberalen führen einen aktiven Anteil bei der weiteren Behandlung des Arbeitslosenproblems zuzugestehen. Die „Daily News“ definiert den Preis, den die Liberalen für ihre „Lebensrettungsgeld“ fordern, folgendermaßen: „Lloyd George hat im Namen der Liberalen Partei das großzügigste Angebot der Mitarbeit, das ein Staatsmann der Regierung machen konnte, zur Klärung der Behandlung des großen Problems, dem wir seit dem Beginn gegenüberstehen, gemacht. Wir können uns nicht vorstellen, daß der Reichstag sich angelegentlich der außerordentlich ernten Lage festhalten wird, bevor Angebots als wertlos zu behandeln.“

11 000 ungültige Eintragungen

Das Wahlgericht in Döpreugen

Der spreußische Wahlprüfungsausschuss hat von den 330 738 Stimmen, die nach dem vorläufigen Ergebnis im Wahlkreis I (Döpreugen) für das Volksbegehren abgegeben worden waren, nur 219 900 für gültig erklärt. Von den noch verbleibenden 11 000 Eintragungen wurde die Ungültigkeit von 5 000 Stimmen bereits bestätigt. Weitere 5 000 Eintragungen wurden als wahrscheinlich ungültig bezeichnet; über sie wird die letzte Entscheidung in einer späteren Beschlußfassung getroffen werden.

Der Nachprüfung haben sehr große Schwierigkeiten entgegen. Mehrere Namensunterzeichnungen sind offenbar von dritter Personen vorgenommen worden. Der Leiter des Wahlprüfungsausschusses, Regierungsrat E. Horn, wurde be-

auftrag, eine Nachprüfung vorzunehmen, die jedoch bis zu dem Reichswahlleiter erfolgen wird nicht möglich war. Die angenommene Differenz von 5 000 beruht auf Stichproben; es ist möglich, daß sie sich noch erhöht.

Der Ueberrest, den das Gesamtergebnis des Volksbegehrens über die zehn Prozent ergab, betrug nach dem vorläufigen Resultat 19 835 Stimmen. In 26 Stimmgemeinden hat die Durchprüfung der Eintragungsergebnisse ein weiteres Plus von 1 835 Unterredungen ergeben. Dem Reicht nun das spreußische Minus von 11 000 Stimmen gegenüber, so daß sich bisher der Ueberrest auf rund 10 000 Unterredungen reduziert hat.

Am Montag vormittag tritt der Reichswahlprüfungsausschuss, der sich aus je einem Vertreter der großen Reichstagsparteien unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters zusammensetzt, zu einer Sitzung zusammen, in der die Entscheidung über die Gesamtheit der ungültigen Einschreibungen für das Volksbegehren getroffen werden wird.

Wenn der polnische Vertrag nur sehr lose mit den Saager Beratungen zusammenhängt, und daher auch die durch ihn etwa zu erwartenden Ansetzungen nur zu einem Teil der deutschen Belastung durch den Vertrag-Bilan zuzurechnen sind, so ist das wesentlich anders mit dem Bericht Deutschlands auf die Herausgabe der englischen Liquidationsdividenden. Philipp Snowden hat in diesem schon vor dem neuen Vertrag erlassen habe sein Verlangen offen. Selbst die Tatsache, daß etwa 118 Mitglieder des Unterhauses, den verabschiedeten Parteien zugehörend, das Verhalten Englands als unbillig bezeichnet, hat ihn nicht gehindert. Weidlich eben deshalb, weil diese große Zahl von Unterredungen, die sich nicht nur mit der Höhe des Vertrags, sondern auch mit dem Ergebnis der vorläufigen Entscheidung über die Liquidationsdividenden ergangen. In dem, was nach deutscher Auffassung zwischen England und